



Neuer Botschafter des Mullah-Staates in Deutschland: Größere Terror-Gefahr für Dissidenten

Ex-Fußballnationalspieler fordern Einreiseverbot für Ahmadinedjad / Bundesweit friedliche Demonstrationen gegen eine Präsenz von Ahmadinedjad in Deutschland angekündigt

Am Mittwoch, dem 26. April 2006, gab die Deutschland-Vertretung des Nationalen Widerstandsrates Iran in Berlin eine Pressekonferenz. Sie stand unter dem Zeichen des Protests gegen die so genannte "Sicherheitsvereinbarung" Deutschlands mit dem Iran und die eventuelle Reise von Mahmoud Ahmadinejad nach Deutschland zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Gleichzeitig wurden die terroristischen Hintergründe beleuchtet, die im Zusammenhang mit der Ernennung von Mohammad Mehdi Akhundzadeh Basti als neuer iranischer Botschafter in Deutschland stehen.

Die Pressekonferenz wurde vom Pressesprecher der Vertretung des Nationalen Widerstandsrats in Deutschland, Javad Dabiran, geleitet. Zu Wort kamen u.a. die ehemaligen Fußballspieler der iranischen Nationalmannschaft, Asghar Adibi, Hassan Nayeb-Agha und Bahram Mavadat, der Berliner Rechtsanwalt und Menschenrechtsexperte, Bernd Häusler, und der Vertreter der Iranischen Gesellschaft in Berlin, Mansour Vojoud.

Javad Dabiran kritisierte scharf die Reise des Staatsministers Hanning in den Iran und die Unterzeichnung des "Sicherheitsabkommens" mit den Mullahs.

"Die Ernennung Mohamed Mehdi Akhundzadeh Bastis als neuer Botschafter des Irans in Deutschland ist ein gefährliches

Signal für den Willen des Mullah-Regimes, ihren Terror gegen die iranischen Dissidenten zu intensivieren", so Javad Dabiran. "Akhundzadeh Basti ist jener Terrorkommandant, der maßgeblich an der Ermordung von Professor Kazem Rajavi im April 1990 in einem Genfer Vorort beteiligt war. Es läuft gegen ihn ein internationaler Haftbefehl.

Jacques Antenen, ein Schweizer Untersuchungsrichter, hat vor 18 Tagen einen

internationalen Haftbefehl gegen Ali Fallahian, den ehemaligen Informationsminister und den rechten Arm des religiösen Führers der Mullahs wegen der Beteiligung an der Ermordung von Professor Kazem Rajavi erlassen.

In der sechsseitigen Begründung für den Haftbefehl steht: "Die Untersuchungen haben erwiesen, dass 13 Personen an der Logistik und Ausführung dieses Mordes beteiligt waren, die alle mit iranischen Dienstpässen mit dem Vermerk "im Dienst" in die Schweiz gekommen waren." Mohammad Mehdi Akhundzadeh Basti ist die Nummer 1 in dieser Liste. Der Schweizer Untersuchungsrichter bestätigte, dass gegen Basti - damals alias Sadegh Babai, alias Javad Azad - am 17. November 1997 ein internationaler Haftbefehl erlassen wurde.

Der Ex-Nationalspieler, Asghar Adibi, sagte: "Ich hoffe sehr, dass die BRD nicht den Fehler macht, Ahmadinejad nach Deutschland zu lassen. Das würde sehr töricht sein. Sowohl die iranischen Bürger als auch die Weltöffentlichkeit sind in der heutigen Zeit nach der Machtergreifung Ahmadinejads mit seinem verbrecherischen Charakter sehr gut vertraut und werden im Falle einer Einreise sicherlich friedlich aber massiv demonstrieren. "Die jüngste Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit dem iranischen Regime ist ein erneuter Versuch, den Platz von Opfer und Täter auszutauschen", so Adibi.

Hassan Nayeb-Agha, der bei der Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien für den Iran spielte, sprach von einer unmenschlichen Vorgehensweise der Mullahs gegen die Sportler. Viele Nationalspieler seien hingerichtet worden, und Hunderte weitere wurden in den Gefängnissen gefoltert. Er erinnerte unter anderem an die Hinrichtung 1984 von Habib Khabiri, Kapitän der iranischen Fußballnationalmannschaft. Er richtete sich an die FIFA und die Deutsche Bundesrepublik: "Lasst es nicht zu, dass Ahmadinejad die Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland so missbraucht, wie Hitler die

Olympischen Spiele 1936 in Berlin."

Bahram Mavadat, 1978 Torwart Irans bei der Weltmeisterschaft in Argentinien, rügte die so genannten Sicherheitsverhandlungen der deutschen Regierung mit Mitgliedern des Kabinetts von Ahmadinejad, die für zahlreiche Verbrechen verantwortlich sind. Ahmadinejad müsse sich wegen der Verbrechen gegen die Menschheit vor einem internationalen Gericht verantworten. "Ich gebe hier bekannt", so Mavadat, "wenn Ahmadinejad nach Deutschland kommt, werden Anhänger des Nationalen Widerstandsrates bei großen Demonstrationen in deutschen Städten, u.a. Berlin, ihren Protest zum Ausdruck bringen."

Der Berliner Menschenrechtler, Rechtsanwalt Bernd Häusler, stellte infrage, ob es Zufall sein könne, wenn den Opfern des iranischen Regimes beim Asyl- und Einbürgerungsrecht in Deutschland Einschränkungen auferlegt werden, allein, weil sie sich für einen demokratischen Wandel ausgesprochen haben, den Frau Rajavi vor Europäischen Institutionen gerade vorgestellt hat. Andererseits wird das iranische Regime aufgewertet.



Maryam Rajavi: IAEA-Bericht unterstreicht die Notwendigkeit von Sanktionen gegen das iranische Regime

NWRI – Nach dem Bericht von Dr. Mohammad ElBaradai, dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sagte die vom Widerstandsrat gewählte Präsidentin, Maryam Rajavi: "Der Bericht lässt keinen Zweifel an den unheilvollen Zielen des klerikalen Regimes - dem Besitz von Atomwaffen – und seinen Anstrengungen die internationale

Gemeinschaft zu täuschen, um Zeit für den Bau einer Atombombe zu gewinnen.

"Der Sicherheitsrat muss schnell weitgreifende Sanktionen gegen die herrschende Theokratie verhängen. Jede Verzögerung bringt die Mullahs näher in den Besitz der Bombe", fügte sie hinzu.

Frau Rajavi hob hervor: "Die endgültige Lösung in der Auseinandersetzung mit den Bedrohungen durch das klerikale Regime ist der demokratische Wechsel durch das iranische Volk und seinem organisierten Widerstand. Die Schlüsselfigur im iranischen Widerstandskampf, die iranische Volksmujahedin, als Terroristen zu stigmatisieren, war das Haupthindernis für diese Wende und muss schnellstens abgeändert werden."

Der IAEA-Bericht wies auf den Mangel des iranischen Regimes an einer Kooperation beim P-2 Zentrifugen-Programm hin und legte Informationen über detaillierte Arbeitspläne vor, aus denen hervorgeht, wie gespaltenes Uran in den Sprengköpfen herzustellen ist und wie das Militär des iranischen Regimes und sein

Nuklearprogramm miteinander verbunden sind. Es wird ebenfalls hervorgehoben, dass die Mullahs nicht nur ihre Aktivitäten zur Urananreicherung entsprechend der Erklärung des Präsidiums des Sicherheitsrates nicht eingestellt haben, sondern dass es noch beschleunigt wurde. Der Bericht stellt fest, dass: "Die Behörde die Möglichkeit nicht ausschließen [kann], ... dass das von der Behörde analysierte Plutonium von anderen als der/den im Iran angegebenen Quelle(n) stammt."

Das Sekretariat des Nationalen Widerstandsrats Iran
29. April 2006

Iran: Frau öffentlich gehängt, Jugendliche zum Tode verurteilt

Die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete heute, dass eine Frau öffentlich in der westlichen Provinz Lurestan als mutmaßliche Mörderin hingerichtet wurde. Farzaneh Sadeqi wurde von den lokalen Gerichtsbehörden zum Tode verurteilt. Aus dem Polizeibericht der Mullahs geht hervor, dass das Urteil am Dienstag um 5:35 am Ortszeit verkündet wurde.



Am gleichen Tag wurde ebenfalls berichtet, dass heute das Todesurteil für einen jungen Mann, namens Qarib Rahman, vom Gerichtshof der Mullahs bestätigt wurde und er kurz vor seiner Hinrichtung steht. Er wurde ebenfalls als Mörder belastet, was er jedoch selbst leugnet.

Die Staatszeitung Eternat berichtete ebenfalls, dass ein 17jähriger Junge in der Stadt Isfahan vom Gericht zum Tode verurteilt wurde. Die Zeitung nannte nur den Vornamen des Jungen: Nemat.

Eternat fügte ebenfalls hinzu, dass ein 26jähriger Mann in Teheran als Saber identifiziert wurde und ebenfalls zum Tode durch den Strang verurteilt wurde.

Internationale Organisationen haben die Hinrichtung von Jugendlichen im Iran verurteilt und ihre tiefe Besorgnis über die hohe Zahl von Hinrichtungen durch die religiöse Diktatur in diesem Land zum Ausdruck gebracht. Die Zahl der Hinrichtungen ist seit dem Amtsantritt von Ahmadinejad als Präsident des klerikalen Regimes angestiegen.

Iran: In zwei Tagen - Eine Frau gehängt und zwei 17jährige zum Tode verurteilt

NWRI – Das klerikale Regime erhängte in den vergangenen zwei Tagen zwei Frauen und verurteilte zwei Männer zum Tode.

Die staatlich kontrollierte Tageszeitung, Iran, berichtete, dass Frau Farzaneh Sadeghi in der

Stadt Selseleh in der Provinz Luristan im westlichen Teil Irans öffentlich erhängt wurde.

Nach Meldungen der Tageszeitung Eternad, wurde der 17jährige Nemat vom Gericht der Mullahs zum Tode verurteilt.

Am Mittwoch berichtete die offizielle Nachrichtenagentur Iranian Students' News Agency (ISNA), dass die Abteilung 37 des Hohen Gerichtshofes den 26jährigen afghanischen Bürger Gharib Rahman zum Tode verurteilt hat.

Unter eklatantem Bruch der Kinderrechts-Konvention wurden in den letzten acht Monaten seit dem Amtsantritt von Ahmadinejad viele Jugendliche erhängt und oder zum Tode verurteilt.

Das dramatische Ansteigen der Unterdrückung im Iran durch das Mullah-Regime ist das direkte Ergebnis der Ruhe und Inaktivität der internationalen Gemeinschaft gegenüber den Gräueltaten der herrschenden Theokratie.

Der iranische Widerstand hält die internationalen Menschenrechtsorganisationen an, die neue Welle von Hinrichtungen und dem harten Durchgreifen bei Frauen und Jugendlichen im Iran zu verurteilen und fordert die Übergabe des entsetzlichen Menschenrechtsberichts über die Mullahs an den UN Sicherheitsrat.

Das Sekretariat des Nationalen Widerstandes Irans
4. Mai 2006

Maryam Rajavi begrüßte die Ablehnung der Mitgliedschaft des iranischen Regimes im UN-Menschenratsrat



NWRI - Maryam Rajavi, die vom Nationalen Widerstandsrat Iran gewählte Präsidentin, gratulierte dem iranischen Volk, dass die Bewerbung der im Iran herrschenden religiösen, terroristischen Diktatur als Mitglied im Menschenratsrat der Vereinten Nationen abgelehnt wurde.

Sie wiederholte, dass die Abwahl der schamlosen Anfrage von dreiviertel der Mitgliedsstaaten eine entschiedene internationale Bestätigung der Illegalität der herrschenden Theokratie war, die in der Welt die Nummer Eins unter den Menschenrechtsverletzern ist.

Trotz einer fieberhaften Kampagne in seiner ständigen Vertretung in New York und Genf sowohl wie auch seinen weltweiten Botschaften mit dem Ziel genügend Stimmen für seine Mitgliedschaft im Rat zu gewinnen, wurde dem Mullah-Regime diese skandalöse Niederlage in der Generalversammlung verpasst.

Rajavi fügte hinzu: "Die Generalversammlung hat gestern gegen den im Iran herrschenden religiösen Faschismus gestimmt, was die vorhergehenden 52 Resolutionen der Generalversammlung und anderer UN Behörden bestätigten, die die unmenschlichen Verbrechen des Mullahregimes verurteilten. Dazu gehören in den vergangenen 25 Jahren das Massaker 1988 an 30.000 politischen Gefangenen, Folter und grausame Bestrafungen, wie Augen ausstechen, Gliedmaßen amputieren, zu Tode steinigen, öffentlich auspeitschen, brutal gegen Frauen vorgehen und auf den Rechten von ethnischen und religiösen Minderheiten herumtrampeln."

Die vom Nationalen Widerstandsrat Iran gewählte Präsidentin brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der Menschenratsrat der Vereinten Nationen schnell den abgründigen Menschenrechtsbericht Irans bearbeiten und die Menschenrechtssituation im Iran besonders beobachten.

Rajavi betonte, dass die Zeit gekommen sei, um die Menschenrechtsakte des iranischen Regimes dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorzulegen und die Führer der mittelalterlichen Diktatur für ihre unzähligen Verbrechen gegen die Menschheit vor ein internationales Tribunal zu bringen.

Das Sekretariat des Nationalen Widerstandsrates Irans
10. Mai 2006